

## **Ja zur Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“ Antwort und Erläuterungen auf den Leserbrief von Luzia Höchli**

„Man solle sich nicht leiten lassen von Hass auf und Angst vor dem, was wir nicht kennen“. Mit diesen Worten fordert Luzia Höchli im Grundsatz auf, die Augen zu verschliessen und den Kopf beim Thema Islam in den Sand zu stecken. Ich kenne Luzia Höchli als intelligente Frau. Wieso sie hier eine Vogel-Strauss-Politik betreibt ist für mich schleierhaft. Es nützt gar nichts, wenn die SP, wie leider sehr oft, mit Verdrängung und oft übertriebener intellektueller Überheblichkeit auf unangenehme Wahrheiten reagiert.

Ich war einige Jahre mit einem Mann aus dem arabischen Kulturraum verheiratet, lebte über längere Zeit in islamischen Ländern und habe persönlich erfahren, was es heisst, unter „der Scharia“ ein Leben als Frau zu führen. Ich habe mich in meinem Leben, lange bevor diese Abstimmung überhaupt bekannt war, sehr intensiv mit Fragen des Islams und seinen Strömungen beschäftigt. Und gerade deshalb ist es nötig, dass ich meine Sichtweise in unserem Land glücklicherweise noch darlegen darf. Es muss niemand meine Meinung teilen. Aber ich ersuche insbesondere akademisch gebildete Menschen um seriöse und substantiell begründete Antworten.

Luzia Höchli und mit ihr alle Gegner der Initiative irren sich, wenn sie glauben, dass in 14 Monaten 115'000 Menschen eine Initiative unterschrieben haben, um über einen Betonturm zu diskutieren. Dass diese Initiative provoziert ist klar! Sie provoziert aber auch zu einer längst fälligen Diskussion! Leider hat es bis heute kein politischer Akteur geschafft, unangenehme Wahrheiten wie beispielsweise Ehrenmorde, Zwangsehen, verweigerter Schwimmunterricht und verweigerter Integration offen auf den Tisch zu legen und auch darüber zu sprechen. Es geht bei dieser Initiative – genau genommen – auch nicht primär um Minarette, sondern um die unbequeme Diskussion, die die Initianten damit anstossen.

Das Argument ein Minarettverbot sei völkerrechtswidrig ist schlicht nicht wahr. Die Gegner machen sich erst gar nicht die Mühe, ihre behauptete Verfassungswidrigkeit zu begründen. Es schreibt quasi einer dem Anderen ab oder redet dem Anderen nach. Hier stellt sich doch sofort die Frage, warum in einigen islamischen Ländern geltende Verbote zur Errichtung christlicher Bauwerke das Völkerrecht auch nicht zu tangieren scheinen. Haben die muslimischen Länder ein anderes Völkerrecht

unterzeichnet als die Schweiz. Wenn ja, möchte ich genau wissen, wie die angeblich einseitig geltenden Verträge heissen. Es gibt zwei österreichische Bundesländer (Kärnten und Vorarlberg), welche Minarette verbieten. Welche Verträge hat die Schweiz unterzeichnet und Österreich nicht? Welches internationale Abkommen hat die Schweiz unterzeichnet und Österreich nicht? Welches internationale Abkommen haben wir unterzeichnet, dass Österreich hier offenbar anders vorgehen kann.

Ein Komitee hat mit der Initiative „Gegen den Bau von Minaretten“ ein Unbehagen thematisiert und auf den Tisch gebracht, das in der Bevölkerung von links bis rechts vorhanden ist. Das Minarett ist weit mehr als ein Turm!

Es geht bei dieser Abstimmung um eine längst fällige Initialzündung. Das Initiativ-Komitee wagt es, die eigentlich simple Frage zu stellen: Wie viel und welchen Islam verträgt die Schweiz? Und hier muss gleich die Frage gestellt werden, wie weit dann allenfalls ein gefährlicher Islamismus noch wäre? Hinter der Minarettfrage steht also die drängende Frage, wie es mit der Islamisierung der Schweiz steht. Es stimmt nämlich nachweislich nicht, dass nicht auch in der Schweiz eine schleichende Islamisierung zu beobachten ist. Gewiss noch nicht so rasant wie in einigen Ländern der EU. Aber es gibt sie. Ich habe in meinen Artikeln darüber berichtet.

Ich stelle Luzia Höchli eine andere Frage: Wieso knicken immer mehr Menschen ein, wenn in aller Welt irgendwelche Moslems wegen allem Möglichen immer stärker zum Beleidigen neigen. Was Minarette in unseren Breitengraden wirklich sind, ist vielleicht eine Frage des Blickwinkels. Aber ob Minarette nun benutzt werden, zum Gebet einzuladen oder nicht; sie bleiben wirksame Symbole des Islams! Der christlichen Bevölkerung auf dem Balkan etwa sind die Minarette ein Ärgernis, ja Hassobjekt, weil sie die jahrhunderte lange brutale Unterdrückung durch die türkischen Osmanen symbolisieren. Wir befinden uns hierzulande weder in Medina noch in Damaskus oder sonst wo im Mittelmeerraum, sondern in der Schweiz. Einem Land mit Traditionen, einer gewachsenen Demokratie!

Ich bin nicht bereit, alles Fremde per se als Bereicherung wahrzunehmen, als Chance zur eigenen Komplettierung sozusagen. Vielleicht ist es Luzia Höchli? Solche Forderungen zielen definitiv an mir vorbei. Ich bin ein real existierender Mensch. In der Schweiz geboren, hier aufgewachsen und mit der hiesigen Kultur und

ihren Werten vertraut. Minarette sind für mich etwas Fremdes und wenn ich einen Blick über die Grenzen mache, durchaus auch etwas Bedrohliches.

Doch zurück zum Minarett: ein Minarett scheitert hierzulande nicht an Bauvorschriften. Es wird, wenn überhaupt, scheitern am Widerstand der Bevölkerung, einer instinktiven Abwehrhaltung gegen eine „Osmanisierung“. Wissen sie, was ich nach einigen Gesprächen mit Menschen in meinem Umfeld rausgehört habe: sie haben Angst. Angst ist ein Ur-Instinkt des Menschen. Angst soll den Menschen warnen und vor gefährlichen Situationen schützen. Luzia Höchle hat möglicherweise vor gar nichts mehr Angst. Ich schon!

Moscheen sind nicht mit Kirchen vergleichbar. Im Islam bilden Religion, Staat und Politik eine Einheit. Die Moschee ist nicht nur ein Ort der Gottesverehrung, sondern auch eine Schule der Erziehung, ein Gerichtssitz, in dem Urteile gesprochen werden, im schlimmeren Fall ein Sammellager für Waffen und eine Kommandozentrale für kriegerische Handlungen.

Muslime vergleichen ihr Begehren unter anderem mit dem Glockengeläut christlicher Kirchen und verlangen Gleichbehandlung. Demgegenüber ist festzustellen: Das Glockengeläut hat keine unmittelbare inhaltliche Aussage. Der islamische Gebetsaufruf dagegen ist inhaltlich eine eindeutige Verkündung und in seiner regelmässig verstärkten Verbreitung über ein grösseres Gebiet die Verkündung eines Anspruchs auf Bestimmung und Veränderung der öffentlichen Ordnung. Von den christlichen Kirchtürmen her ergeht keine lautsprecherverstärkte Predigt.

Ebenfalls erwähnenswert ist, dass im viel zitierten Art.15 unserer Bundesverfassung der Begriff „Religionsfreiheit“ gar nicht anzutreffen ist. Es geht um die „Freiheit des Glaubens, des Gewissens“. Diese Formulierungen sind kein Zufall, sondern gehen weit in die abendländische Geschichte zurück. Der wirklich entscheidende und zentrale Begriff ist nämlich immer wieder die Freiheit des Menschen. Und die Freiheit des Glaubens ist letztlich dann, und nur dann zu verwirklichen, wenn sie im Austausch mit andren Freiheitsrechten verstanden wird. Religionsfreiheit ist somit keine singuläre Angelegenheit, wie viele meinen, sondern gehört in eine umfassende Reihe von grundsätzlichen Freiheitsrechten: dem Recht auf Selbstbestimmung, dem Recht auf Gleichheit von Mann und Frau, dem Recht auf Bildung, dem Recht auf

freie Information oder dem Recht auf freie Meinungsäusserung. Und genau hier haben die „Architekten“ von Minaretten in unserem Land noch grossen Lern- und Erkenntnisbedarf! Religionsfreiheit im Sinne unserer Bundesverfassung ist weit mehr als die Duldung einer Religion. Mit der „positiven Religionsfreiheit“ erwartet unser Staat von allen religiösen Gemeinschaften sowohl die aktive Gestaltung des Glaubens und damit die Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben, als auch den Erhalt von ethnischen und kulturellen Werten. Beispiele: Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, theologische Fakultäten an Universitäten, Seelsorge in den Gemeinden, Spitälern oder Gefängnissen, die Arbeit in Altersheimen und anderen Einrichtungen. Diese Aktive Komponente gilt es deutlich hervorzuheben und zu stärken. Und dies nicht nur im Blick auf die christlichen Religionsgemeinschaften, sondern insbesondere auch auf andere Religionsgemeinschaften.

Mit Säbeln allein gegen Minarette zu rasseln bringt in der Tat vermutlich wenig. Aber darum geht es, wie bereits erwähnt, im Kern dieser Initiative gar nicht. Was wir müssen, auch seitens der SP, wir müssen endlich den Mut haben, Personen aus islamischen Länder, welche bei uns liberale Rechte aller Art einfordern und dieselben Rechte bei ihnen zu Hause nicht gewähren wollen auf ihren absolut nicht akzeptablen philosophischen und politischen Widerspruch hinweisen.

Hier müssen endlich auch unsere Landeskirchen dringend mehr Mut aufbringen! Es ist erstaunlich, mit welchem Feuereifer sich kirchliche Funktionäre gegen die Minarettverbots-Initiative instrumentalisieren lassen. Umso erstaunlicher ist es, dass die Kirchen gemäss Tagesanzeiger vom 22. Oktober 2009 den Monat November 2009 zum „Monat der verfolgten Christen“ deklarierten, wohl wissend, dass am 29. November 2009 über ein Verbot von Minaretten abgestimmt wird. Plagt hier das schlechte Gewissen? Wann fordern hiesige Kirchenfunktionäre endlich Gegenleistungen? Hier war Papst Benedikt XVI mutiger, als er am 14. Januar 2008 in Rom vielen Bischöfen aus dem arabischen Raum versicherte, dass er die Nöte und Hoffnungen der Menschen im arabischen Raum teile. Andauernde Gewalt, herrschende Unsicherheit und Hass erschwerten das Zusammenleben und liessen um das Überleben der christlichen Gemeinden fürchten. Weiter sagte er an die Adresse von Staaten mit islamischer Rechtsprechung: „Überall sei wahre Religionsfreiheit zu verwirklichen, und das Recht jedes Menschen, seine Religion frei

auszuüben oder sie zu wechseln, müsse geachtet werden. Dies ist ein Grundrecht jedes Menschen“. Deutliche und mutige Worte des Papstes!

Mit Alice Schwarzer redet eine bekannte Frauenrechtlerin Klartext. Nachstehend einige Aussagen aus deutscher Sicht:

Muslime der dritten Generation sprechen heute schlechter deutsch als die erste Generation. Sie berichtet, dass Muslime stark versuchen, das deutsche Rechtssystem zu unterlaufen.

Wenn man schon kritisiert, dass schon kleine Mädchen unter Stoffhaufen zur Schule stolpern oder ihre Mutter nach 20 Jahren immer noch kein Wort deutsch kann und kaum aus dem Haus kommt, hat das nichts mit Rassismus zu tun.

Junge Frauen werden zu Hause eingeschlossen. Die Mütter in den fundamentalistischen Familien sind abhängig und hilflos, sind zu Hause eingesperrt und können kaum die Landessprache.

Es darf auch nicht sein, dass der Polizei wie beispielsweise in Köln verboten wird zu sagen, dass 80 Prozent der Vergewaltiger Türken sind.

Die Linke hat bei uns eine bedenkliche Rolle gespielt. Sie hat mit Fundamentalisten sympathisiert.

Liebe Luzia Höchle und nun noch im Sinne einer kleinen Information und Aufklärung ein Blick ins europäische Ausland:

#### Niederlande

Im März 2009 haben die Sozialdemokraten auf einem Parteitag über ein Grundsatzpapier abgestimmt, das das Ende der niederländischen Toleranzpolitik gegenüber Zuwanderern - sehr viele Muslime - forderte. Man könne nicht wegschauen in Anbetracht der ungeheuren Kriminalität der Zuwanderer, ihrer Brutalität und ihrer Inländerfeindlichkeit.

#### Deutschland

Muslime gehören in Deutschland zu den eifrigsten Sozialhilfebetrüger. Sie sehen den Sozialhilfebetrug als religiöse Pflichterfüllung. Historisch belegt lebte und lebt der Islam als Ideologie oftmals von nichts anderem als von Transfer vorhandenen Wohlstands – und zwar immer in eine Richtung: von wohlhabenden „Ungläubigen“ in Richtung Muslime. In Koranschulen wird das heute noch so gelehrt.

Die heute herrschenden Verhältnisse in deutschen Städten sind gewiss nicht mit den unserigen zu vergleichen. Gott sei Dank! Doch wenn man sich nur einmal einige Stunden Zeit nimmt und recherchiert und liest, bekommt man es mit der Angst zu tun.

Berlin, Hamburg, Köln Duisburg, Solingen, Ludwigshafen sind nur einige Städte in denen, wie die Deutschen es nennen, die Kacke gewaltig dampft!

Wussten sie, dass in aller Stille im Januar 2009 in Brüssel ein Beobachtungs- und Frühwarnzentrum für schwere innere Unruhen in den EU-Mitgliedstaaten eingerichtet wurde? Keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber! Schweizerische Medien schon gar nicht.

Im Dezember 2008 hatte in den USA das National Intelligence Council (NIC) – eine Denkfabrik der CIA eine Studie über die voraussichtlich in einigen Jahren herrschende Weltordnung vorgestellt. Darin werden schwere Unruhen in den Ballungsgebieten der EU vorausgesagt. Man nannte: Teile des Ruhrgebietes, Teile der Bundeshauptstadt Berlin und das Rhein-Main-Gebiet.

Stadt Essen:

hier sprechen Polizisten von „Parallelwelten“ und „Angst-Räumen“.

Stadt Duisburg:

„Pisser“, „Penner“, „Scheissbulle“ sind die geläufigsten Schimpfwörter, die den Polizisten von zugewanderten Muslimen hinterher gerufen werden. Die Gewalt gegen Polizisten und Inländer nimmt in Duisburg-Marxloh wie in jeder anderen europäischen Stadt, die „multikulturell“ geprägt ist zu. Marxloh ist aus Sicht deutscher Muslime ein islamisiertes Gebiet, das im Notfall mit Gewalt gegen Nicht-Muslimen verteidigt werden muss.

Ein anderes Beispiel: Rainer Wendt ist Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. Der Mann repräsentiert mehr als 80'000 deutsche Polizeibeamte. Meldungen aus seinem Berufsalltag:

„Zuwanderer haben in der Innenstadt von Hamm einen Polizisten, der einen Falschparker aufschreiben wollte, brutal zusammengeschlagen. Der Polizist liegt im Krankenhaus. Der Mann wird dennoch – das ist politisch so gewollt und völlig korrekt – in keiner Statistik der Gewalt gegen Polizeibeamte auftauchen. Man wird alles in der Statistik als „Körperverletzung“ ablegen.

In Nordrhein-Westfalen dürfen Polizisten seit Januar 2009 nirgendwo mehr sagen, wenn sie von Zuwanderern, beispielsweise Muslime im Dienst angegriffen oder bedroht werden. Das ist politisch ebenfalls so gewollt. Es gibt einen Ministerialerlass dazu. Er nennt sich: „Leitlinien für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schutz nationaler Minderheiten vor Diskriminierungen“.

Die Scharia bedroht

In Deutschland ist bereits Tatsache, dass Vorschriften aus dem internationalen Privatrecht (IPR) zur Anwendung kommen können. Man geht beim wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages zunächst einmal von der Gleichwertigkeit aller Rechtsordnungen der Welt aus. In Deutschland ist es verboten eine Mehrehe zu schliessen. Im Sozialversicherungsrecht ist sie insofern anerkannt, als eine im Ausland wirksam geschlossene Mehrehe Ansprüche mehrerer Ehegatten auf Witwenrente oder Witwerrente nach dem Sozialgesetzbuch begründet! Die Fürsorgepflicht des deutschen Steuerzahlers ist eben inzwischen multikulturell.

In Deutschland stellt ein eigenmächtiger Urlaub einen Grund für eine fristlose Kündigung dar. Und dieses Recht sollte eigentlich für alle Menschen gleich sein. Ist es aber nicht! Man kann einem muslimischen Mitbürger nicht fristlos kündigen, wenn er ohne Einverständnis des Arbeitgebers an einer Pilgerfahrt nach Mekka teilnimmt. Das Arbeitsgericht Köln hat eine solche Kündigung nach einer „Interessensabwägung“ aufgehoben.

Und noch einige weitere Beispiele:

die Deutschen Bank heisst in Offenbach „Bankamitz“. Dies heisst so viel wie „unsere Bank“. Man spricht türkisch, man stellt sich auf die Verständigungsschwierigkeiten der Intergrationsunwilligen ein. Die Türken erhalten fünf gebührenfreie Überweisungen in die Türkei. Deutsche müssen selbstverständlich bezahlen.

Andere Banken in Deutschland machen sich Gedanken darüber, was man tun kann, um Muslime um Himmels willen nicht zu „beleidigen“ – und schaffen die Sparschweine ab.

Die Berliner Feuerwehr senkt die Einstellungsvoraussetzungen für Türken! Bislang scheiterten die meisten an einer theoretischen Prüfung auf Hauptschulniveau!

Gleiches geschieht in Berlin bei den Zugangsvoraussetzungen zu den Pflegeberufen! Es gibt immer mehr türkische Alte, die sich in Deutschland nicht integrieren wollen und kein Wort deutsch sprechen.

Auch die Bundeswehr sucht mittlerweile wegen Nachwuchsmangel „junge Deutsche mit Migrationshintergrund“.

Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland fordert eine Zehn-Prozent-Quote für die Einstellung von Einwanderern bei der Polizei und anderen Sicherheitskräften!

Die Berliner Polizei hat prompt reagiert: sie hat 100 zusätzliche Praktikumsstellen geschaffen, welche nur für Türken oder türkischstämmige Jugendliche offen sind.

Heilbronn

Hier leben 9'000 Türken. Viele wollen nicht deutsch lernen. Wozu auch.

Ergebnis: Deutsche lernen die Sprache der Zuwanderer. Konkret. Deutsche Polizisten lernen türkisch! Der zuständige Revierleiter bei der Heilbronner Polizei wertet die Türkisch-Sprachkurse für seine Beamten als „bürgerorientierte Polizeiarbeit“!

Dies kommt bei der einheimischen Bevölkerung schlecht an. In der Heilbronner Südstadt sprechen viele Zuwanderer Russisch und die verstehen kein Türkisch. Gewaltige Probleme die, so habe ich gelesen, einen riesigen Wutstau erzeugen.

Luzia Höchle will ja mit ihrer SP in die EU. Glaubt sie und alle EU-Turbos denn allen ernstes, dass dann solche Rechte nicht auch bei uns juristisch erstritten würden und sich solche Zustände dann auch bei uns langsam etablieren. EU-Recht gilt dann weitestgehend auch bei uns.

Ich muss ihnen gestehen, je tiefer ich mich dem Thema Islam und Islamisierung befasste, umso schwieriger wurde es. Ich glitt immer tiefer in andere Themen und Lebensbereiche, welche alle irgendwie miteinander vernetzt sind.

Auf jeden Fall ist „das Minarett“ nur ein Punkt in einem mannigfaltigen Spektrum von Problemen. So gesehen ist die Minarett-Initiative keine Katastrophe. Sie wird vieles auslösen. Die entstehende Diskussion ist wichtig und richtig! Verschiedene Debatten, auch unangenehme, müssen konsequent geführt werden.

Diese Initiative gibt der Diskussion um die Einwanderung, Integration und den bisher gehüteten Tabus eine neue Offenheit.

**Ja zur Minarett-Initiative!**

**Beatrix Jud**

Gemeinderätin SVP